

Von der Redaktion.

Wir haben uns entschlossen, eine Morgenausgabe in deutscher Sprache erscheinen zu lassen. Damit verfolgen wir die Absicht, den Danziger Bürgern deutscher Nationalität die Erkenntnis des Inhalts unseres Blattes zu vermitteln. Dadurch dürfte der Danziger Bürger in die Lage versetzt werden, Kunde von den Gedanken und Taten des polnischen Volkes unmittelbar aus der Quelle selbst zu erhalten. Diese Nachrichten hätten den Vorzug, dass sie ohne tendenziöse Färbung zur Kenntnis des Lesers gelangen würden, was bei anderweitiger Uebernahme nicht immer der Fall zu sein pflegt.

Nicht weniger liegt uns daran, den Danziger Bürgern, welche die polnische Sprache nicht beherrschen, die persönliche Kenntnisnahme von dem tatsächlichen Stand des Verhältnisses der polnischen Bevölkerung und des polnischen Staates zur Freien Stadt Danzig zu ermöglichen. Auf diese Weise dürften Vorurteile und Misstrauen, die oft in tendenziöser Weise aufrecht erhalten wurden, schliesslich gänzlich schwinden.

Gerade jetzt, wo der abgeschlossene Danzig-polni-

sche Vertrag beide Teile zu einem näheren Zusammenleben zwingt, dürfte die Möglichkeit, sich mit den Ideen und Strömungen innerhalb der polnischen Bevölkerung bekanntzumachen, von den Danziger Bürgern in ihrer erstklassigen Bedeutung gewürdigt werden. Darum wird unsere Morgenausgabe in deutscher Sprache eine Uebersetzung und Zusammenfassung des Inhalts unserer polnischen Ausgabe sein.

Ausserdem werden wir die neuesten im Laufe des Abends und nachts eintreffenden Nachrichten der Telegraphen-Agenturen übermitteln, um den Leser des Morgens mit dem bekanntzumachen, was sich im Laufe der letzten paar Stunden ereignet hat.

Beseelt von dem Geiste einer möglichst weitgehenden Zusammenarbeit beider Nationalitäten in Danzig zum Wohle der beiden wirtschaftlich verbundenen Länder, hoffen wir Verständnis und Unterstützung bei jenen Danzigern zu finden, welche die wirtschaftliche Einheit für eine vollendete Tatsache ansehen, die zur Weiterentwicklung und einem Aufblühen der Freien Stadt Danzig führen muss.

Auf 62 $\frac{1}{2}$ Bürger ein Staatsbeamter in Danzig.

In einem Artikel des bekannten polnischen Volksabgeordneten Stanislaw Kuhnert finden wir eine ganze Reihe interessanter statistischer Angaben, die ein bemerkenswertes Schlaglicht auf unsere Danziger Verwaltungsverhältnisse werfen.

Danach hat der Senat der Freien Stadt den Volksabgeordneten wichtiges statistisches Material zur Einsichtnahme vorgelegt, aus dem unzweideutig die übermässige Belastung des Freistadtsäckels durch unglaublich hohe Beamtenziffern hervorgeht.

Wenn man bedenkt, dass der Bürger durch Abgaben einen wesentlichen Anteil an der Abtragung der Lasten nimmt, wird man verstehen, welche Bedeutung die Allgemeinheit gerade dieser Frage beimessen muss.

Man muss bei den Danziger Staatsbeamten als Gehaltsempfängern zwei Hauptkategorien unterscheiden. Die erste wird in fünf Klassen unterschieden und bezahlt. Zu dieser Kategorie gehören die hohen und höchsten Gehaltsempfänger vom Präsidenten des Senats bis zum Generalstaatsanwalt. Zur zweiten rechnet man alle übrigen Freistadtbeamten, die in 13 Gehaltsklassen ihre Beträge erhalten.

Zur 13. (der bestbezahlten Klasse) gehören 15 Freistadtbeamte. Zur 12. Kl. geh. 48 Freistadtbeamte. Zur 11. Kl. geh. 72 Freistadtbeamte. Zur 10. Kl. geh. 234 Freistadtbeamte. Zur 9. Kl. geh. 304 Freistadtbeamte. Zur 8. Kl. geh. 517 Freistadtbeamte. Zur 7. Kl. geh. 937 Freistadtbeamte. Zur 6. Kl. geh. 393 Freistadtbeamte. Zur 5. Kl. geh. 715 Freistadtbeamte. Zur 4. Kl. geh. 716 Freistadtbeamte. Zur 3. Kl. geh. 986 Freistadtbeamte. Zur 2. Kl. geh. 653 Freistadtbeamte. Zur 1. (der schlechtestbezahlten Klasse) gehört kein Freistadtbeamter.

Mit Hinzuzählung der 10 in die höchstbezahlte Kategorie eingereihten oberen Freistadtbeamten erhalten wir

die Gesamtzahl von 5600 Freistadtbeamten. Da die Bevölkerungszahl der Freien Stadt Danzig in ihrer Gesamtheit 350 000 Einwohner ausmacht, erhalten wir ein eigenartiges Verhältnis. Auf je 62 $\frac{1}{2}$ Freistadtbürger kommt ein Staatsbeamter. Diese Beamtenzahl verteilt sich auf die einzelnen Zweige der freistädtlichen Verwaltung wie folgt:

Der Senat beschäftigt 139 Beamte. Das Verwaltungsgericht, Kreisbez. 8 Beamte. Die Landratsämter 11 B. Die Polizei (blaue u. krimin.) 416 B. Die Sicherheitswehr 1161 B. Die Gendarmerie 42 B. Das Statistische Amt 5 B. Die Gerichte 362 B. Die Abtl. für öffentl. Arbeiten 23 B. Die Abtl. f. Hand. u. Ind. 10 B. Die Abtl. f. soziale Angel. 31 B. Die Abtl. f. landw. Dom. u. Forst 30 B. Das Verkehrs- u. Pflgeinst. 9 B. Die Finanzabtl. 32 Beamte. Die Zollabtl. 762 B. Die Steuerverwaltung 187 B. Die Techn. Hochschule 92 B. Museen, Erziehungsanstalt, Sem., Mittelsch. 67 B. Das Volksschulwesen 1086 B. Die Post 1124 B. Das Archiv 3 Beamte. Zusammen 5600 Beamte.

In diese Zahlen sind die der Kommunalbeamten der einzelnen Gemeinden, der Magistrate von Danzig, Zoppot, Neuteich u. Tiegenhof, der Dorf- und Gutsbezirke der Freien Stadt nicht einbegriffen. Ihre Zahl dürfte kaum geringer sein, wie die der staatlichen Beamten. Diese Zahlen sprechen eine zu deutliche Sprache. Man könnte es den Freistadtbürgern wahrlich nicht übelnehmen, wenn sie mit unverhohlenem Missvergnügen sich ausrechnen, welche steuerliche Leistung sie werden aufbringen müssen, um dieses Heer von Beamten zu unterhalten. Man kann wohl mit Fug und Recht sagen, dass in dem Verwaltungsapparat der Freien Stadt Danzig eine grössere Sparsamkeit eine Notwendigkeit ist.

Katastrophale Wirkung eines Moratoriums.

Paris, den 2. XI. (Havas). Bradbury, der englische Vertreter in der Entschädigungskommission, erklärte einem Mitarbeiter des „Intransigeant“ in einem Interview, er sei durchaus nicht der Vater des Gedankens, Deutschland ein Moratorium zu gewähren und habe an keiner Konferenz Horne-Rathenau teilgenommen. Es sei eine Bitte von deutscher Seite eingegangen, die Zahlungsstundung zu gewähren. Zur Beratung in der Entschädigungskommission hätte diese Frage nie gestanden. Wenn dagegen ein ähnlicher Vorschlag gemacht worden wäre, so würde die Gewährung von Zahlungsstundungen an Deutschland meines Erachtens nicht bloss für die Entente, sondern auch für die ganze Welt eine Katastrophe bedeuten.

Auch der „Westminster Guardian“ stellt fest, dass englische Finanzsachverständige die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland nicht für die beste Lösung der augenblicklichen deutschen Finanzschwierigkeiten halten; sie sollen vielmehr eine langfristige und durch den Völkerbund garantierte Anleihe befürworten, die in 30—40 Jahren zahlbar wäre.

Die Sanierung der polnischen Finanzen.

Ein Sejmserfolg des Ministers Michalski.

Warschau, 2. XII. In der heutigen Sitzung der Finanzkommission des polnischen Reichstages begründete Minister Michalski sein Sanierungsprojekt. Daraufhin wurde der Artikel seines Projektes, der die Rechte des Sejms, frei über den Staatsschatz zu verfügen, mit 25 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dieser Sieg des Finanzministers ist umso bemerkenswerter, als gerade der erwähnte Artikel seit jeher den grössten Widerspruch hervorgerufen hat. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, dass der Gedanke, die Finanzen des polnischen Reiches einer radikalen Gesundung zu führen, schliesslich über kleinliche Parteirücksichten einen entscheidenden Sieg davongetragen hat. Die poln. diplomatische Vertretung in Ankara.

Warschau, 2. XII. Das Aussenministerium hat bereits einen Plan für die polnische diplomatische Vertretung ausgearbeitet, die in Kürze ihre Tätigkeit bei der Regierung in Ankara aufnehmen dürfte.

Die Entscheidung in der Optionsfrage.

Danzig, den 2. Dezember. (PAT). In der Optionsfrage, die auf dem Danzig-deutschen Vertrage ruhte und die Ausübung der Option für Deutschland durch die Bürger der Freien Stadt Danzig betraf, hatte sich der Danziger Senat an den hohen Kommissar des Völkerbundes mit der Bitte um die Entscheidung gewandt. Es handelte sich darum, dass der Senat den im Friedensvertrag enthaltenen Ausdruck „domicile“ „Wohnort“ nach deutschem Recht auslegte, nach welchem man mehrere Wohnorte haben kann. Die polnische Regierung dagegen war der Ansicht, dass man nur einen Ort als den zur Erlangung des Bürgerrechts berechtigenden Wohnsitz anerkennen könne, d. h. den Ort, an dem sich die betreffende Person immer und ständig aufhält. In seiner Entscheidung hat der Hohe Kommissar den Standpunkt der Polnischen Regierung anerkannt.

Die Begründung des Schiedsspruchs des Oberkommissars.

Aus der ausführlichen Begründung des Schiedsspruches des Oberkommissars in der Optionsfrage entnehmen wir vor allem einen, den entscheidenden Satz: „Es scheint mir, schreibt der Oberkommissar, vom Gesichtspunkt des Völkerbundes aus gesehen, der Danzigs Schutz auf sich genommen, unerwünscht, dass das System eines doppelten Wohnsitzes in den Verhältnissen Danzigs zum Deutschen Reich oder sonst einem Lande, eingeführt wird. Der Standpunkt, den der Völkerbund in der Frage der deutschen Beamten in der Freien Stadt Danzig eingenommen hat, gibt einen diesbezüglichen Fingerzeig. Ausserdem wird der Schaden, der Danzig aus der Nichteinführung dieses Systems erwachsen könnte, in der Praxis nicht gross sein. Diejenigen Bewohner, die im Zweifel sind, ob sie für Deutschland optieren oder Danziger Bürger bleiben sollen, werden höchstwahrscheinlich wie alle anderen sowohl an ihre Immobilien u. Taschen als auch an ihren Patriotismus denken. Wenn sie mehr persönliche und finanzielle Interessen in Deutschland haben werden als in Danzig und für Deutschland optieren werden, wird Danzig durch ihre Ausreise nicht viel Schaden erleiden. Deshalb bestimme ich, dass der Bewohner Danzigs am Tage des Inkrafttretens des Vertrages von Versailles nur einen Wohnsitz entweder in einem fremden Staat oder in Danzig, aber nicht in beiden zugleich haben kann und für eine Seite optieren muss.“

Mit der und Polizei in Berlin wie zur Kaiserzeit.

Die Berliner „Freiheit“ stellt fest, dass die Hoffnungen, die man nach der Revolution auf die Abschaffung des Militarismus in Deutschland gesetzt hatte, sich nicht verwirklicht hätten. Die Kasernen seien durchaus nicht in beträchtlicherem Masse für zivile und Privatzwecke geräumt worden. Die Kasernen sind nach wie vor Herde des Militarismus. Es gibt heute in Berlin fast soviel Militär wie zu Wilhelm II. Zeiten. Wenn das heute weniger auffällt, kommt das daher, dass „Reichswehr“ u. Schupo ausser Dienst Zivilanzüge trägt. Die Reichswehr beträgt in Berlin allein 4000, die Schupo 17200 Mann. Früher wars umgekehrt, doch die Zahl lautete wenig anders.

Gehaltserhöhungen ohne Ende.

Der deutsche Beamtenbund hat im Einvernehmen mit anderen Verbänden der Regierung erneut weitere Gehaltserhöhungen vorgelegt. Die neue Forderung ist so weitgehend, dass ihre Erfüllung den deutschen Staat mit einer Mehrausgabe von 50—60 Millionen Mark belasten würde. Da die Regierung jedoch darauf einzugehen wenig Neigung bekundet, dürfte es zu einem scharfen Konflikt kommen.

Auch die Transportarbeiter Berlins haben beträchtliche Lohnerhöhungsfordernngen gestellt. Zurückgewiesen, drohen sie mit dem Streik.

Trauriger Zustand der Transportverhältnisse Deutschlands.

Berlin, 3. XII. A. U. E. Der Reichsverkehrsminister und der Reichskohlenkommissar gaben folgendes Bild von den Zuständen im deutschen Eisenbahnwesen.

Seit Monaten schon regt sich auf den deutschen Wasserwegen kein Leben. Der Frost hat sogar den Verkehr auf den Rhein-Horne und Dortmund-Ems Kanalschiffen unterbunden. Unglücklicherweise hat der Anstieg der Frachten auf die Eisenbahn noch eine Steigerung erfahren infolge Sinkens des Marktkurses und des Bestrebens, die Waren noch vor Inkrafttreten der an-

höhten Tarifsätze abzubefördern. Die Annahme weiterer Frachten wird also verboten werden müssen, um den Transport von Kohle und Lebensmitteln zu ermöglichen.

Die Transportschwierigkeiten dürften zu einer nur teilweisen Belieferung der Betriebe mit Kohle, schliesslich zur Vermehrung von Streiks und einem Stillstand in Gas- und Elektrizitätswerken Deutschlands führen.

Briand über seine Aufgabe in Washington.

Le Havre, 12. 12. (Havas). In Beantwortung der Begrüssungsrede erklärte Briand, seine Aufgabe in Washington sei infolge der ausgezeichneten Beweisgründe, über die er verfügte, leicht gewesen. Die Initiative Hardings sei sehr richtig. Niemals sei Frankreich taub gegen diesen Beweis. Frankreich habe in der Vergangenheit getan, um einen Krieg zu vermeiden. Es sei in dieser Hinsicht über jeden Verdacht erhaben.

Die Wahltermine im Wilnaer Gebiet.

Wilna, den 2. XII. Zum Generalkommissar für die Wahlen im Wilnagebiet wurde H. Zabierowski, zum Hauptwahlkommissar H. Łuczyński ernannt. Die Wahlhandlung beginnt mit dem 5. Dezember d. Js., die Einreichung der Kandidatenlisten am 12. Dez., das Vorlegen der biokierten Listen am 28. Dezember. Die eigentlichen Wahlen finden am 8. Januar 1922, die Verkündung der Resultate am 13. Januar 1922 statt.

Die Wahlkreiseinteilung Mittel-Litauens.

Das mittellitauische Gebiet wurde in 12 Wahlkreise eingeteilt. Zu Sitzen der Bezirkswahlkomitees sind ausser: Szyrwine, Świeciany, Komaje, Oszmiany, Troki, Wysoki Dwór, Wilno (Stadt- u. Landkreis), Lida, Wasiliska und Braslaw.

Teilnahme der Juden in den Wilnaer Wahlen.

Wilno, 2. XII. In hiesigen jüdischen Kreisen erörtert man lebhaft die Frage der Stellungnahme zum Wilnaer Sejm. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung neigt der Ansicht zu, dass man an den Sejmwahlen teilnehmen müsse, zumal ein Beschluss der interimistischen Regierungskommission von Mittellitauen einen speziellen Ausschuss eingesetzt hat, der die Frage um die Garantierung der Presse- und Versammlungsfreiheit und der Sicherheit der Wahlorgane obliegt.

Diese den Wahlen geneigte Stimmung innerhalb jüdischer Bevölkerungskreise beweist aufs Neue, dass das Verhältnis von Juden und Polen im Wilnaer Gebiet durchaus nicht so unfreundlich ist, wie man es mancherorts darzustellen beliebte.

Die Königin Zita wieder in der Schweiz.

Paris, 2. 12. Nach einem Telegramm aus Funchal (Madeira) hat die Exkönigin Zita von Ungarn die Erlaubnis erhalten, sich nach der Schweiz zu ihrem Sohn zu begeben, der sich einer schweren Operation unterziehen muss.

Die Polen an der Danziger Technischen Hochschule.

Die polnische Studentenvereinigung „Wisła“ an der Technischen Hochschule Danzig-Langfuhr hat über die polnische Beteiligung an den technischen Studien in der Freien Stadt wertvolles statistisches Material gesammelt. Einem Aufsatz des Ing. Fr. Fojut, der das letztvergangene Sommersemester behandelt, entnehmen wir folgende wertvollen Angaben, die der Verfasser aus der obenerwähnten Quelle geschöpft hat:

„Studierende polnischer Nationalität gab es im letzten Sommersemester etwa 60; davon gehörten 54 der Vereinigung „Wisła“ an. Von diesen letzteren stammten 6 aus der Freien Stadt Danzig selbst, 26 aus Pommern, 8 aus dem Posenschen, 4 aus Galizien, 5 aus dem gewesenen Kongresspolen, 2 aus Schlesien, 2 aus dem Ermland und 1 aus der Tschecho-Slovakel.

Interessant dürfte auch die Feststellung der Art des Studiums und die Wahl der einzelnen Wissenszweige sein. 7 polnische Studenten belegten Hoch- u. Tiefbau, 17 Maschinenbau und Elektrotechnik, 3 Schiffsbau und Schiffsmaschinenbau, 4 technische Chemie und 23 Naturwissenschaften und Oekonomie.

Hierzu lässt sich sagen, dass gerade in der Hoch- u. Tiefbaubranche Polen recht viele Ingenieure braucht, während in Deutschland infolge der veränderten Verhältnisse die Aussichten für die Studierenden weit weniger günstig sich gestalten haben.

Die Abteilung für Maschinenbau und Elektrotechnik an der Danziger Techn. Hochschule weist die stärkste Frequenz auf und umfasst etwa 50% der Gesamtheit der Studierenden. Auch hier sind die Aussichten für die Mechaniker u. Elektrotechniker in Polen ausgezeichnet, besonders in der Eisenindustrie und den Privatbetrieben.

Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass die Einstellung auf andere Zweige wie z. B. Schiffsbau- u. Schiff-

maschinenbau für Polen entschieden mehr zu empfehlen ist.

In der naturwissenschaftlich-ökonomischen Abteilung studiert eine beträchtliche Anzahl sogenannter freier Hörer, die zum grossen Teil aus Danzig und Pommern stammen, hier ihr Wissen vertiefen und vorübergehend ergänzen wollen, um dann ihre Examina an polnischen Universitäten zu machen.

Die Kenntnis von Danzig und seinem Wesen, das Studium an einem so wichtigen Hafen- und Handelsplatz und die Fühlungnahme zwischen der deutschen und polnischen Intelligenz, zwischen der akademischen Humanistischen und der technischen Intelligenz sollte man allerseits als begrüssenswert anerkennen.

Eins soll am Schlusse der Betrachtung noch ganz besonders betont und hervorgehoben werden. Wenn von polnischer Seite sich das Bestreben geltend macht, die polnische Jugend für das Studium an der Freistädtlichen Techn. Hochschule zu interessieren und zu gewinnen, so verbirgt sich dahinter natürlich keineswegs etwa das Bestreben, die Hochschule oder ganz Danzig zu polonisieren. In dieser Hinsicht schätzen wir die Widerstandsfähigkeit des deutschen Elements gewiss höher ein als die Deutschen selber. Wir hegen hingegen den Wunsch, dass die Danziger Techn. Hochschule in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Danzigs mit Polen die Rolle eines Bindegliedes spielen möchte, was der ganzen Sachlage entspräche. Es wäre durchaus nichts Unnatürliches, wenn die Verwaltung der Danziger Techn. Hochschule gerade aus solchen Erwägungen heraus den Versuchen die studierende polnische Jugend für das Studium in Danzig zu gewinnen, auch ihrerseits entgegenkommen würde.

Felhsdeutsche Pressestimmen.

Semper idem. — Der Stuttgarter Parteitag gegen die Entente. — Dem Nationalismus werden Wege gebahnt. — „Für Kaiser und Reich“. — Leider nicht Potsdam allein. — Wahrheit österreichische Geldentwertung. — Das Existenzminimum — worüber sich Herr Helfferich den Kopf zerbricht. — Die Besteuerung von Essen und Trinken, ein Liter Milch 6,20 Mk. in Berlin. — Das schwache Gedächtnis.

Einer der Hauptfehler der deutschen modernsten Politik ist der ständige Kampf gegen die in Versailles festgelegten Verhältnisse und die Versuche, sich der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Ein neues Beispiel: Der letzte Parteitag der deutschen Volkspartei in Stuttgart. „Der Tag“ berichtet über die programmatische Rede des Abgeordneten dr. Hugo, z. B., dass dieser sich gegen die Abtragung der Lasten die Deutschland auf sich genommen hat, wandte, die Kriegsschuldfrage wiederum aufrollte und in sympathischen Worten die Teilnahme der Deutschen an der Regierung befürwortete. Das „Berl. Tagebl.“ bringt gleichfalls eine Nachricht, die zeigt, dass die Zahl der innerpolitischen Gegner der deutschen Republik sich durchaus nicht vermindert hat. Das demokratische Blatt stellt fest, dass während einer künstlich inszenierten Fahnenweihe alles in alter Friedensuniform erschien und ein General begeistert ausrief: „Für Kaiser und Reich!“ Uebrigens hat die reichsdeutsche Presse noch schwerwiegendere Sorgen als diese. Die hohen Steuern und die Teuerung beschäftigen augenblicklich die Gemüter in Deutschland besonders lebhaft.

Herr Helfferich z. B. erklärte während der Sitzung des Steueraussschusses des Reichstages: „Wir sind auf dem Wege zu einer wahrhaft österreichischen Geldentwertung. Es wird nicht lange dauern, und das nicht besteuerbare Existenzminimum in Deutschland wird 100 000 deutsche Mark betragen.“

Wieviel Genialität in dem Erdenken immer neuer Steuern in Deutschland aufgebracht wird, zeigt z. B. der Beschluss des Berliner Stadtparlaments, das gute Essen und Trinken in den besseren Lokalen mit einer hohen Abgabe zu belegen.

In Berliner Blättern lesen wir auch eine Notiz, die von der augenblicklich in Berlin herrschenden Teuerung einen Begriff gibt: Ein Liter Milch kostet danach 6,20 Mk.

Es ist eigentlich zu verwundern, dass „Der Tag“ bei dieser Sachlage noch Zeit und Lust findet, Polen anzugreifen. Das reaktionäre Blatt befasst sich nämlich eingehender mit dem Minderheitenschutz in Polen, äussert sich empört darüber, dass polnische Behörden die Kenntnis der polnischen Sprache in der Selbstverwaltung verlangen, das Polnische für die Amtssprache des Staates erklären und endet mit der Frage: „Hat man jemals gehört, dass irgend eine der drei Teilmächte etwas annähernd ähnliches von ihren polnischen Untertanen verlangt hat?“

O ja, man hat nicht nur gehört, man musste sogar empfindlich fühlen. Wer je etwas von preussischer Polenpolitik gehört hat, der weiss, dass die naive Frage des „Tag“ eine Spekulation auf das schwache Gedächtnis der Mitwelt darstellt.

Wirtschaftlicher Teil.

Die Lodzer Industrie.

Im Jahre 1853 gab es in Lodz 23 Fabriken mit 190 Webstühlen und 432 Arbeitern, welche Artikel in Wolle und Halbwolle auf den Markt warfen, 1893 — 134 Fabriken mit 6748 Webstühlen, die eine Jahresproduktion von 20 Millionen Rubel aufwiesen. 1914 zählte man mehr als ein Dutzend Wollspinnereien und 200 Fabriken, welche Tuch, Flanelle, Stoffe aus Merinowolle, Cheviot, Kaschmir und eine Menge anderer Bekleidungsstoffe, wie Tricot, Seidenwaren, Tücher, Fichus usw. lieferten.

Der Hauptaufschwung von Lodz fand in den letzten 20 Jahren vor der russischen Revolution statt, wo seine industrielle Produktion sich von 50 Millionen im Jahre 1890 auf über 100 Millionen in der Zeit vor dem Kriege ausbreitete. Bei Eröffnung der 26 Werst langen Lodzer Fabrikbahn (Lodz — Kołuszki) betrug der Transport an Roh- und verarbeiteten Waren 950 000 Pud, im Jahre 1886 schon 36 Millionen und 1914 an Rohwaren 90 Millionen und an verarbeiteten Waren 7 Millionen Pud.

Der Krieg 1914—1921 hat die Lodzer Industrie vollständig lahmgelegt. Die Okkupanten hatten in Lodz unermessliche Reichtümer in fertigen Waren und Rohstoffen vorgefunden. Selbst die Lodzer staunten über die grossen Vorräte an Waren, die die Lodzer Fabriklager bargen. Die Okkupanten hatten hier ein unermessliches Feld zur Beschlagnahme. Milliarden gingen in die Hände der Okkupanten, die alles ins Ausland brachten. Die Lodzer Industriellen sträubten sich gegen die zwangsweise Enteignung, sie waren aber machtlos und mussten zusehen, wie man ihnen ihr Vermögen konfiszierte. Die Okkupanten waren selbst erstaunt ob der Grösse und enormen Produktionsfähigkeit der Lodzer Industrie. Wirtschaftliche Gründe waren die Veranlassung, diese gewaltige Industrie lahm zu legen.

Aber nicht gelungen ist ihnen, den Geist der Lodzer Industriellen zu zerstören und dieser hat geradezu Wunder vollbracht. Die Lodzer Industrie ist wieder im vollen Aufblühen begriffen. In der verhältnismässig kurzen Zeit seit Abzug der Okkupanten wurden fast alle Lodzer Fabriken wieder in Betrieb gesetzt. Noch konnten alle die grossen industriellen Etablissements infolge der Schwierigkeit in der Versorgung mit Rohstoffen und Kohle ihren vollen Betrieb nicht aufnehmen, doch sind alle Aussichten vorhanden, dass schon in aller nächster Zeit der volle Betrieb aller Lodzer Fabriken wieder aufgenommen werden können und dann ist Lodz nicht nur die grösste Fabrikstadt Polens, sondern des ganzen Kontinents. Die Erzeugnisse der Lodzer Industrie finden gegenwärtig einen grossen Absatz nicht nur in ganz Polen, sondern auch im Auslande. Zahlreiche Sendungen Lodzer Waren machen den weiten Weg über den Ocean nach Amerika, das uns mit Rohbaumwolle versorgt. Polen blickt mit berechtigtem Stolz auf seine Industriestadt Lodz, in welcher eine lebhaft produktive Tätigkeit herrscht und Hunderttausend Arbeiter einen dauernden lohnenden Erwerb haben.

Zollfreie Warenausfuhr von Polen nach Deutschland im Jahre 1922.

Die Warenmengen, welche auf Grund des Art. 268 b des Versailler Friedensvertrages zollfrei aus Polen nach Deutschland eingeführt werden können sind im Einvernehmen mit der deutschen Regierung festgelegt und umfassen alle Waren des diesjährigen Kontingents. Ausserdem kommen noch hinzu: Erlenforiniere, Pumpen jeder Art, Nickelwaren, Eisenerz, Schokolade und Bonbons, Hopfen, frische, marinierte und geräucherte Fische und Bettbeschlüge. Das Holz- und Schnapskontingent ist für das Jahr 1922 wesentlich vergrössert.

Das Handels- und Industrieministerium stellt jetzt schon Ursprungszeugnisse aus, welche vom 11. Januar 1922 gelten.

Zollaufschlag für Papier.

Der Zollmultiplikator für Schreib- und Druckpapier (Pos. 177 p. 2 C I, II) ist von 1 auf 150 erhöht worden.

Danziger Devisen vom 2. Dezember.

Devisen	12. Geld	2. 12. Brief	Vortag Gld	Vortag Brief
Dollarnote	201,74	203,21	186,8	187,19
Telegr. Auszahl. London	834,15	835,81	739,25	740,75
do. Amsterdam	71,78	71,82	—	—
Kończusko Noten	6,21	6,24	5,58 1/2	5,61 1/2
Auszahlung Warschau	6,13 1/2	6,16 1/2	5,56	5,59
do. Posen	—	—	—	—
do. Pommern	—	—	—	—

Berliner Valutamarkt.

Berlin, den 2. Dezember 1921.

Polen. Noten 610—640, Amsterdam—Rotterdam 7242,75, Brüssel—Antwerp. 1448,55, Christiania 2907,05, Kopenhagen 3796,10, Stockholm 4870,10, Helsingfors, 100 finnische M. 368,60, Italien 889,10, London 824,15, New York 203,79, Paris 1538,45, Schweiz 4095,90, Spanien 2987, Buenos Aires 66,40, Dtsch.-Oesterr. abgest. 6,73, Prag 214 1/2, Budapest 29,97.

Berliner Devisenstimmungsbild.

Die Unsicherheit und Verworrenheit, die infolge des gestrigen Sturzes der Devisenpreise im Devisenhandel Platz gegriffen hatte, bewirkte bereits, dass sich viele kleine Firmen teils freiwillig, teils gezwungen Zurückhaltung auferlegten und das Feld den seit dem Freiverkehr auf diesem Gebiete hauptsächlich tätigen Grossbanken und führenden Bankfirmen überliessen. Die Umsätze waren wegen der allgemein beobachteten Zurückhaltung nicht bedeutend. Die stärksten Schwankungen fanden am Vormittag statt, wobei sich aber doch gegenüber den gestrigen Tiefkursen eine wesentliche Erholung einstellte. Die für die Hauptdevisen genannten Preise zeigen freilich bei den einzelnen Firmen starke Abweichungen zeitweise auf. Während vor 10 Uhr der Dollar mit 180 genannt wurde, lauteten die Preise kurz nach 10 Uhr für New York 190, Holland 6750, London 780, gegen 11 Uhr 202, 7200, 820, und gegen 12 Uhr 203, 7250, und 825. Auf diesem ungefähren Stand scheint sich, soweit die Abfassung dieses Berichtes übersehbar, die Festsetzung der amtlichen Notierungen zu vollziehen. Im Effektenverkehr war die Stimmung infolge der Devisenpreiserhöhungen gegen gestern wesentlich beruhigter und die genannten Kurse bewegten sich ungefähr und teilweise über den wesentlich erzielten Stand an der gestrigen Nachbörse. Bei den Grossbanken waren Verkaufsaufträge von auswärts von nennenswertem Umfange noch nicht eingetroffen. In Grossbankkreisen werden die in der Presse erwähnten Gerüchte von einer angeblich stattfindenden oder geplanten Stützungsaktion kategorisch in Abrede gestellt. Von Zahlungsschwierigkeiten einzelner kleiner Firmen ist ausser dem bereits in der Presse Genannten noch nichts weiter zu erfahren.

Amerikanische Kurse vom 2. Dezember 1921.

New York.

Weizen rot Winter 128 1/2 (129), Whart Winter 127 1/2 (128), Mais 64 1/2 (64), Mehl spring wh. c. 4.50—5.50 (4.50—5.50), Getreide Fr. England 4 sh (4 sh.), Kontinen 15 cts. (15 cts.).

Chicago.

Weizen Dezember 113 1/2 (113 1/2), Mai 117 1/2 (116 1/2), Mais Dezember 48 1/2 (47 1/2), Mai 54 1/2 (51 1/2), Hafer Dezember 32 1/2 (32 1/2), Mai 38 1/2 (38 1/2), Roggen Dezember 85 (85), Mai 90 1/2 (90 1/2), Schmalz Januar 8,50 (8,50), März 8,72 1/2 (8,67 1/2).

Verantw. orth. Redakt. ur Wilhelm Grimm in D. Wyd. Pomorski. Verlag „Zielonoczone Wydawn. d. i. Gdansk“.